

# Lesetips

## Tarifbilanz

Wer trägt die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise? Auf diese Frage haben die Tarifrunden von IG Metall und ver.di »eine im negativen Sinne richtungsweisende Antwort« gegeben. Das ist die zentrale These der linken ver.di-Funktionäre Günter Busch, Bernd Riexinger und Werner Sauerborn im aktuellen Express.

Insbesondere der Konflikt bei Bund und Kommunen hätte, davon sind die Autoren überzeugt, zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Frage gemacht werden können, »auf wessen Rücken die Krisenfolgen abgeladen werden«. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, die im Vorfeld von ver.di-Aktivisten aus Baden-Württemberg, dem Gesundheitswesen und der Gewerkschaftsjugend aufgeworfen wurde, wäre hierfür geeignet gewesen. Statt dessen beschränkte sich die ver.di-Spitze auf das aus verschiedenen Gründen problematische Argument, angesichts der Absatzkrise müsse die Binnennachfrage durch Lohnerhöhungen gesteigert werden. Das Ergebnis – eine jährliche Einkommensverbesserung von ungerechnet 1,06 Prozent plus 0,25 Prozent ungeliebter Leistungszulage – lag schließlich extrem weit unter der ursprünglichen Fünf-Prozent-Forderung.

Für den weiteren Umgang mit der Krise seien die Abschlüsse »in gefährlicher Weise richtungsweisend«, meinen die Autoren. Um diesen »Fehlstart« zu verarbeiten müsse die Tarifrunde kritisch aufgearbeitet werden. Der Beitrag von Busch, Riexinger und Sauerborn kann als Auftakt zu dieser dringend notwendigen Debatte gelten. (jW)

**Express - Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 3/2010, 16 Seiten 3,50 Euro. Probeabo: vier Ausgaben für 10 Euro, [www.labournet.de/express](http://www.labournet.de/express)**

## Wahlkampf

Guntram Schneider macht Wahlkampf. Auch in der aktuellen Mitbestimmung, der Zeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung, teilt der ins »Kompetenzteam« der SPD-Kandidatin Hannelore Kraft berufene DGB-Chef von Nordrhein-Westfalen aus. Ziel sind nicht nur Union und FDP, sondern auch Die Linke, deren Forderungen nach einer 30-Stunden-Woche und Verstaatlichung der Energiekonzerne er als »spätpubertäre politische Überlegungen« diffamiert. Die Sozialdemokratie stehe hingegen, »die Gewerkschaften im Schlepptau, immer als Krisenregulator bereit«. Auf die SPD und ihre Freunde in der DGB-Spitze ist eben Verlaß. (jW)

**Mitbestimmung, Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 4/2010, 74 Seiten,  
Jahresabo: 50 Euro**

*<https://www.jungewelt.de/artikel/143527.lesetips.html>*